

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag: Bernh. Otte, Düsseldorf, Konfordiastraße 7. Druck und Versand Joh. van Aken, Erzfeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Pflichterfüllung.

Verschleße nimmer Dich dem Leben,
Vorbreite Glück und Sonnenschein.
Sopfel in Deine Kraft gegeben,
Sollst andern Du ein Helfer sein!

Was nützt es, wenn Du einsam gehst,
Rund nur für Dich die Lebensbahn.
Wenn Du im Leben tatlos siehst,
Hast Deine Pflicht Du nicht getan!

Dem, der für and're auch sich mühet,
Und gern dem Ganzen Opfer bringt,
Ein reicher Segen ihm erblühet,
Und in sein Herz die Freude dringt.

Goethe.

Und nochmals: Zurück zum Gewerkschaftsgeist der Gründungszeit!

Für diejenigen, die in den ersten Jahren der christlichen Gewerkschaftsbewegung sich für sie in die Schanzen schlugen, war die Gewerkschaftsbewegung die Formulierung ihrer Nächstenliebe, die ja bedeutet: Sinn für den gesamten Stand, Hingabe für die Klasse, Hebung der Gesamtlage dieser Klasse. Das ist nicht Egoismus, Selbstsucht, Eigenliebe, das ist direkt Nächstenliebe im modernsten und besten Sinne des Wortes.

Dr. Sonnenschein in der Verbandsgeneralversammlung 1910 zu Aachen.

„Es mangelt an Mitarbeitern“ oder „Wir können nur Vertrauenspersonen erhalten, wenn wir ihre Tätigkeit ausreichend vergüten.“ So und so ähnlich lauten die ständigen Klagen unserer Ortsgruppenvorstände. Leider liegen mancherorts die Dinge tatsächlich so. Traurig aber wahr! Ganz gewiß gibt es, besonders in unsern christlichen Gewerkschaften, noch zahlreiche wirkliche Idealisten, uneigennützig und opferfreudige Mitarbeiter, die nicht für persönlichen Gewinn ihre ganze Kraft in den Dienst der Gewerkschaftsbewegung stellen. Es gibt noch eine große Zahl Kolleginnen und Kollegen, die aus idealistischen Gründen Tag für Tag, Sonntag und Werktag treppauf und treppab laufen, denen keine Mühe zu groß und kein Weg zu weit ist, um der Arbeiterbewegung zu dienen. Diese Mitglieder haben noch nichts verloren von dem heiligen Sinne derer, die vor 20 und mehr Jahren Nächte an ihre Bewegung setzten, die von ihrem kleinen Taschengelde vierter Klasse gefahren sind, um zu agitieren, die in bitteren Nächten die erste Furche der Bewegung gezogen haben. Ja, eine nicht geringe Anzahl dieser alten begeisterten Vorkämpfer unserer Bewegung, dieser unermüdbaren Arbeitspioniere haben 20 Jahre hindurch alle ihre Mußestunden der Bewegung geopfert in voller Hingabe und Aufopferung. Sie wirkten nicht für persönlichen Gewinn. Für sie bestand bestenfalls die Aussicht auf eine Besserungsmöglichkeit für ihre Kinder. Und für viele galt auch dieser in der Zukunft winkende Lohn nicht. Gar manche hatten nur immer und nur ausschließlich die Förderung und Stärkung der christlichen Arbeiterbewegung im Auge und vergaßen darüber nicht selten sich selbst, ihre Frauen und ihre eigenen Kinder. Sind diese Feststellungen für die klugen Rechner und Nützlichkeitspolitiker in manchen Ortsgruppen unseres Verbandes, besonders in dieser Zeit, nicht tief beschämend?

Mit Recht klagten vor dem Kriege unsere Mitglieder über eine zu lange Arbeitszeit. Vielen war die lange Arbeitszeit auch ein Grund, sich nicht an der Verbandsarbeit zu beteiligen. Man konnte bei oft 11- und 12 stündiger Arbeitszeit diese Entschuldigun gen begriffbar finden. Aber jetzt? Wir haben die achtstündige Arbeitszeit, wenn auch nicht für die Verbandsangestellten und für manche Ortsgruppenvorstandsmitglieder und Vertrauenspersonen, so doch aber für den allergrößten Teil der Verbandsmitglieder. Nun sollte man meinen, daß die Mitarbeiter in Scharen herbeigezogen kämen. Aber wo sind sie? Noch immer wird die Verbandsarbeit, die doch im Interesse eines jeden Mitgliedes ausgeübt wird, in vielen Ortsgruppen auf nur sehr wenige Schultern verteilt. Man hat sich jetzt meistens auf neue Ausreden verlegt, die aber in Wirklichkeit immer dieselben sind. Trotz der verkürzten Arbeitszeit sind die prinzipiellen Nichtmitarbeiter „mit Ar-

beiten überhäuft.“ Aber wehe, wenn in ihrem Arbeitsverhältnis nicht alles stimmt, wenn sie Unannehmlichkeiten im Betrieb haben, dann wissen sie den Verband zu finden. Wenn es sich aber darum handelt, den Verband leistungsfähig und stark zu machen, wenn es darum geht, einen Teil der Verbandsarbeiten mit zu übernehmen, dann sind viele Mitglieder unauffindbar. Ja, es soll noch in dieser Zeit sogar vorkommen, daß Verbandsmitglieder wochen- und monatelang mit Unorganisierten zusammenarbeiten, ohne diese auf die Pflicht, sich zu organisieren, hinzuweisen.

Solche Mitglieder beachten viel zu wenig, daß alle Erfolge auf die Dauer nur Scheinerfolge sein und bleiben werden, wenn sie nicht unablässig an dem Ausbau unseres Verbandes mitwirken. Unser Verband hat in seiner Vergangenheit bewiesen, daß er es versteht, bedeutende Erfolge für seine Mitglieder zu sichern. Darum müssen auch alle Glieder in ihm rege sein. Auch die Verkürzung der Arbeitszeit muß von den Verbandsmitgliedern zum Teil dazu verwandt werden, tätig mitzuwirken an dem Ausbau unserer Organisation. Das wird dann zum Segen der Textilarbeiterchaft und des Arbeiterstandes im allgemeinen sein. Und ganz besonders sollten unsere jüngeren Verbandsmitglieder die verkürzte Arbeitszeit dazu benutzen, sich gewerkschaftlich zu bilden und zu schulen, um in den kommenden Kämpfen gerüstet und gefestigt dazustehen.

Wer gewerkschaftlicher sein will, muß sich auch kümmern um die wirtschaftlichen Zusammenhänge. Gegenüber den dumpfen Faktoren um ihn herum muß er sich Rechenschaft geben können. Je mehr er erreichen will, muß er sich umsehen, wie seine Umgebung ist, sich gewärtig werden, was Kapital, Intelligenz und Arbeit bedeuten. Er muß sich regsam über die Umformungen des wirtschaftlichen Lebens Rechenschaft geben. Er wird dann auch ganz von selbst zu der Erkenntnis kommen, daß er im wirklich idealistischen Sinne sich in der Gewerkschaftsbewegung betätigen muß. Die Gewerkschaftsbewegung erweckt ernstes Interesse. Junge Menschen müssen ganz besonders ein Ideal haben, für das sie sich begeistern können. Unsere christliche Gewerkschaftsbewegung gibt ihnen ein Thema. Sie weckt ferner auch den Sinn für Disziplin, für Ordnung, für Autorität. In der Gewerkschaft heißt es Selbstzucht üben, annehmen, was die Mehrheit will. Hier heißt es, Beschlüsse ausführen, die man vielleicht für falsch hält, die aber Gesetz geworden sind.

So oft konnten wir in der letzten Zeit hören, daß äußere Formen allein eine Besserung unserer derzeitigen Zustände nicht herbeizuführen in der Lage wären. Was unser Volk und was jeder Einzelne brauche, sei eine sittliche Erneuerung. Diese sittliche Erneuerung darf aber nicht nur gepredigt, sie muß auch gelebt werden. Auch in der Gewerkschaftsbewegung muß eine Umkehr vom Materialismus unserer Zeit erfolgen. Gewerkschaftlicher Geist ist gegenseitige Hilfsbereitschaft. Die gewerkschaftliche Organisation ist gleichsam eine große Familie. Für alle Mitglieder dieser großen Familie muß sie sorgen, damit sie alle zufriedengestellt werden können. Das ist aber nur wieder möglich, wenn recht viele Mitglieder sich freiwillig und in uneigennütziger Weise in den Dienst der Sache stellen; nur dadurch, daß wir uns gegenseitig helfen und unterstützen, wo wir nur können. Diese gegenseitige Hilfsbereitschaft ist dann letzten Endes weiter nichts als praktische christliche Nächstenliebe.

Und der gewerkschaftliche Geist, wie er in den christlichen Gewerkschaften gefördert wird, ist weiter nichts, als ein Ausfluß dieser christlichen Nächstenliebe. Es muß darum unter allen Umständen gelingen, diesen alten Geist wieder zu pflegen, der die erste stürmische Zeit unserer Bewegung durchlebte. Mitarbeiter braucht unser Verband, freiwillige Mitarbeiter, aber Mitarbeiter, die mehr aus Idealismus als aus rein materiellen Gründen mitwirken wollen. Mitarbeiter, die den echten Gewerkschaftsgeist der Gründungszeit in sich aufgenommen haben und ihn pflegen und fördern wollen. Nur wirklich ideal denkende und voll und ganz überzeugte Mitarbeiter sind die notwendige Voraussetzung für eine dauernde gedeihliche Entwicklung unseres Verbandes.

Neuregelung unserer Ernährungswirtschaft.

Unsere lebenswichtigsten Produkte sind Getreide und Kartoffeln. Die erste Aufgabe ist es deshalb, dafür zu sorgen, daß wir mit diesen Produkten so eingedeckt sind, daß wir jeweils bis zur neuen Ernte damit auskommen. Die schwierigste Periode in der Ernährung tritt gewöhnlich im Frühjahr und Sommer ein, wenn die Bestände zur Neige gehen, die neue Ernte aber noch aussteht. Es muß deshalb Vorratspolitik getrieben werden. Je mehr Kartoffeln und Getreide im Herbst und Winter zur Ablieferung gelangen, um so länger kommen wir naturgemäß damit aus. In diesem Jahre ist die Ablieferung nicht in demselben Umfange erfolgt wie im verflossenen. Zunächst war die Ernte durch die ungunstigen Witterungsverhältnisse um Wochen hinausgeschoben worden. Dann setzte schon mit Ende Oktober und Anfang November fast überall Frostwetter ein. Der starke Schneefall machte die ohnehin in unserm Verkehrsweisen sich geltend machenden Schwierigkeiten noch größer. Dazu kommt, daß die in der Landwirtschaft früher tätigen ausländischen Arbeitskräfte und die im Kriege in der Landwirtschaft verwandten Kriegsgefangenen größtenteils nicht mehr in Deutschland sind und daß Hunderttausende der kräftigsten Arbeiter in der Landwirtschaft fehlen, weil sie auf dem Schlachtfelde geblieben oder mit schweren Verwundungen und Krankheiten heimgekehrt sind. Durch all diese ungünstigen Umstände beeinflusst, hat sich die Ablieferung verzögert. Es mußten deshalb besondere Maßnahmen getroffen werden, um für die bei der Landwirtschaft befindlichen Produkte (Getreide und Kartoffeln) durch eine möglichst vollzählige und rasche Ablieferung zu verbürgen. Im Einverständnis mit der verfassunggebenden Nationalversammlung wurde deshalb eine Ablieferungsprämie für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln eingeführt. Sie hat den hauptsächlichsten Zweck, die Ablieferung zu sichern, auf der andern Seite aber auch den immer mehr überhand nehmenden Schleichhandel zurück zu drängen. Diejenigen Landwirte, die nämlich bisher ihre Ablieferungspflicht erfüllt haben, waren immer im Nachteil gegenüber denjenigen, die ihre Produkte in den Schleichhandel brachten. Die Prämie ist so aufgebaut, daß der Preis um so höher wird, je höher die Ablieferungspflicht erfüllt wird. Der Ablieferungszuschlag soll betragen bei Getreide, wenn mindestens 70% der Ablieferungspflicht erfüllt sind, 2.— M. für den Zentner, wenn 80% erfüllt sind, 4.— M., bei 90% 6.— M., bei 95% 8.— M., bei 100% 10.— M., bei 105% 12,50 M., bei 110% 15.— M. Die Prämie erfolgt auch auf das bereits gelieferte Getreide, sofern die Gesamtlieferung an die in der obigen Staffeln angegebenen Mengen heranreicht. Die Kartoffelprämie ist etwas anders gedacht. Für die ersten 50% der abgelieferten Pflichtmenge gibt es keine Prämie, bei über 50—60% gibt es 2.— M. Zuschlag pro Zentner, bei über 60—70% 2,50 M., bei über 70—80% 3.— M., bei über 80—90% 3,50 M., bei über 90—100% 4.— M., für jeden weiteren Zentner über 100% 5.— M. Es mußte bei Kartoffeln ein anderes System schon deshalb angewandt werden, weil die Ablieferung gegenüber dem Getreide eine ganz verschiedene ist.

Die Prämien werden eine Preiserhöhung im Gefolge haben. Wie hoch dieselbe sich im einzelnen beläuft, läßt sich im Augenblick noch nicht genau feststellen. Die Maßnahme wird allerdings die Konsumenten, die die Preiserhöhung zu tragen haben, belasten, und doch liegt dieselbe, wenn man die Gesamtzusammenhänge betrachtet, auch im Interesse der Konsumenten. Je mehr Getreide im Inlande abgeliefert und dem Schleichhandel entzogen wird, umso weniger brauchen wir vom Auslande einzuführen. Bei dem schlechten Stand unserer Valuta müssen wir zur Zeit rund 4000 M. für die Tonne Mehl im Auslande bezahlen. Nehmen wir an, durch die Prämie würde sich der Preis für Getreide auf etwa 700 M. für die Tonne belaufen, dann ist das, selbst wenn wir für die Bearbeitung des Mehles noch etwas hinzurechnen, noch nicht der vierte Teil von dem, was wir an das Ausland zu zahlen hätten. Bisher wurde die Spanne zwischen Inlands- und Auslandspreis durch Milliardenzuschüsse seitens des Reichs ausgeglichen. Aber diese Zuschußwirtschaft kann auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden, soll unser Geld nicht noch mehr im Werte sinken. Zunächst ist es also ein Vorteil, weil wir gegenüber den Auslandspreisen umgekehrte Summen sparen, ein weiterer Vorteil liegt darin, daß beim Kauf von ausländischem Getreide unser Geld ins Ausland wandert, während beim Kauf von inländischem Getreide das Geld im Lande bleibt. In einer kaufkräftigen Landwirtschaft hat die Gesamtbevölkerung ein Interesse. Es ist auch nicht zu verkennen,

daß die Preise für Brotgetreide und Kartoffeln nicht entsprechend der allgemeinen Preislage gestaltet haben. Abgesehen von der Erhöhung der Löhne, der Kürzung der Arbeitszeit usw. sind die Ausgaben für landwirtschaftliche Geräte und Maschinen um ein Vielfaches in die Höhe geschossen, und durch das Fehlen von ausländischen Futtermitteln und künstlichem Dünger ist ein natürlicher Rückgang in der Produktion zu verzeichnen. Hoffen wir, daß mit der von dem Ausschuss der Nationalversammlung getroffenen Maßnahme, die mit allen gegen zwei Stimmen Annahme fand, der gewünschte Zweck: die Ernährung unserer Bevölkerung bis zur neuen Ernte sicher zu stellen, erreicht wird.

Auch wir geben uns dieser Hoffnung hin. Ganz gewiß hat auch die Arbeiterchaft an einer kraftkräftigen Landwirtschaft ein Interesse. Wir sind aber nur dann in der Lage, die erhöhten Getreide- und Kartoffelpreise zahlen zu können, wenn unsere jetzigen Tariflöhne entsprechend der Teuerung dieser allerwichtigsten Nahrungsmittel eine Aufbesserung erfahren. Die Leitung unseres Verbandes hatte darum bereits im vorigen Monat an die Reichsarbeitsgemeinschaft der Textilindustrie den Antrag gestellt, in einer baldigst anzuberaumenden Sitzung darüber Beschluß zu fassen, daß durch Gewährung von besonderen Teuerungszulagen ein Ausgleich herbeigeführt würde.

Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands hat in seiner Sitzung vom 23. und 24. zur Frage der erwartenden Erhöhung der Brot- und Kartoffelpreise eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Die Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands erkennt an, daß die Verteuerung dieser wichtigen Nahrungsmittel von den Arbeitern und Angestellten nicht getragen werden kann. Sie hält es deshalb für dringend notwendig, daß dieser ziffernmäßig festzustellende Ausgleich von den Arbeitgebern ab 1. Januar 1920 getragen wird. Diese Feststellungen sind ohne Verzug von den beiderseitigen Organisationen regional einseitlich zu treffen. Da es sich um eine Verteuerung der unentbehrlichsten Nahrungsmittel handelt, trifft diese den Ernährer einer Familie stärker als den Alleinlebenden. Die außerordentliche Zulage soll darum nach der Kopffzahl der vom Arbeitnehmer zu versorgenden, nicht selbst erwerbstätigen Familienangehörigen bemessen werden; sie soll jedem Arbeitnehmer — unabhängig von den Tarifverträgen — die Möglichkeit verschaffen, den durch die neue Verordnung hervorgerufenen Mehraufwand zu bestreiten. Arbeitgeber und Arbeitnehmer stimmen darin überein, daß durch die Übernahme dieser Teuerungszulagen der Industrie neue Milliardenlasten aufgebürdet werden. Erhöhte Produktionskosten können aber nur durch erhöhte Produktion ausgeglichen werden; soll eine weitere

Steigerung der Preise aller Fertigfabrikate in Deutschland vermieden werden, muß jeder Schaffende seine Pflicht bis aufs Letzte erfüllen!

Die demokratische Aufgabe der Gewerkschaft.

Vor kurzem hat der „Vorwärts“ mit Recht geäußert, daß sich in einem Punkte unser Volk auch nach der Revolution treu geblieben ist: In allen Kreisen ertönt der Schrei: „Regierung hilf!“ Und dabei wollen wir das in der Demokratie am weitesten fortgeschrittene Volk sein! Das beleuchtet blühartig die gewaltige Kluft zwischen Theorie und Praxis. Unser Volk ist dem Geiste der Demokratie nur erst wenig eröffnet. Eigentlich

Kommende Kämpfe und Stürme

dürfen und sollen uns nicht wankend machen. Mit unermüdblicher Fähigkeit müssen wir weiterarbeiten, ringen und kämpfen für uns selbst, unsere Familie und für die gesamte Textilarbeiterchaft.

müßte die Lösung heute, darin stimmen wir dem „Vorwärts“ wiederum bei, heißen: „Hilf der Regierung!“ Unsere Regierung steht vor Aufgaben von unerhörter Größe und Schwere. Demokratische Pflicht wäre, ihr soviel als möglich von diesen Aufgaben abzunehmen oder die Ausführung wenigstens zu erleichtern. Das müßte umso mehr geschehen, als Deutschland das Volk der stärksten Organisationen ist. Das Einzige dieser Organisationen aber ist: Selbstverwaltung.

Das gilt in erster Linie für die Gewerkschaft. In der heutigen Gewerkschaft verkörpert sich das Beden und Streben der Arbeiterchaft zu einem immer höher steigenden Prozentsatz. Es müßte nun die Gewerkschaftstätigkeit darauf ausgehen, die Notwendigkeit unseres Zusammenlebens, soweit sie unmittelbar die Arbeiterchaft berühren, aus sich selbst heraus der Lösung entgegenzuführen. Solche Gewerkschaftserziehung läuft auch darauf hinaus. Demokratie in diesem Sinne ist nicht ein Höchstmaß von Rechten für den Einzelnen, sondern ein Höchstmaß von selbstverwaltender Tätigkeit von Seiten der Berufs- und Standesgenossen. Mittel und Weg dazu ist die Organisation der Berufsgenossen, d. h. vor allem die Gewerkschaft.

Und es wächst Tag für Tag die Menge dessen, was die Gewerkschaft unter den heutigen Umständen erledigen oder

doch miterledigen könnte. Nehmen wir Einzelnes heraus. Vor allem das, was uns in Deutschland am peinlichsten auf den Nägeln brennt: Kampf gegen Wucher- und Schiebertum. Diese beiden Giftpflanzen können nicht ausgerodet werden durch weit ausgedehnte Maßnahmen einer Zentralregierung, sondern nur durch das unmittelbare Zugreifen der Geschädigten selbst, das aber planmäßig erfolgen muß durch eine Einrichtung nach Art der Gewerkschaft. Aus der Gewerkschaft müssen die Kräfte herausgeholt werden, die dem Wucherer und Schieber das Handwerk legen. Gewerkschaftler müssen überall mittätig sein, wo es seinen Spuren zu folgen gilt. Gewerkschaftler müssen die Durchführung von Preisverordnungen usw. überwachen. Genau so liegen die Dinge auf anderen Gebieten, etwa in bezug auf die technische Seite der Lebensmittelversorgung. Hier ist zudem durch das Zusammengehen mit Konsumgenossenschaften die Ausführung bedeutend erleichtert. Diese Selbsttätigkeit ist unwürdige Demokratie. Sie kann und muß erfolgen unter Beiseiteziehung all des schauerlichen Parteihaders und der Parteierfurcht, wie sie nun einmal bei uns in Deutschland üblich sind. Was bringt uns denn die Parteizurückhaltung auf diesem Gebiete ein, wo es auf solches Zugreifen und Zusammenfassung aller Kräfte ankommt? Die gähnende Leere der Nationalversammlung und die geringfügige Anteilnahme des Volkes an ihren Verhandlungen sind Beweise dafür, daß uns politische Parteileidenschaft nicht weiter bringt. Warum findet sich nicht aus der Mitte aller wirklich das Wohl des Vaterlandes erstrebenden Parteien eine Anzahl — sie könnte sehr groß sein! — von Männern und Frauen zusammen, die für die nächste Zeit nur eine einzige politische Forderung erheben und zur Durchführung zu bringen suchen: den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft unter rücksichtsloser Zertretung aller Elemente, die aus der Not des Volkes ein Geschäft machen? Dem könnte auch die schwappste und unentschlossenste Regierung nicht mehr ausweichen. Wir fordern die Massen in unseren Gewerkschaften auf, in diesem Sinne auf das öffentliche Leben einzuwirken. Dort es genug sein mit dem Hader und dem Zank und schreitet zur Selbsthilfe durch Vermittlung eurer Organisation! Das ist der Weg, der heute allein zum Ziele führen kann.

Allgemeine Rundschau.

Nur U. S. B. Leute kommen in Betracht.

In der „Leipziger Volkszeitung“ Nr. 291, vom 27. Dezember 1919 befand sich folgendes Inserat:

Sekretär gesucht!

Für unsere circa 13000 Mitglieder zählende Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Plauen i. B. wird ein

tätiger Sekretär gesucht.

Derselbe muß in allen Rechtsauskünften firm und Mitglied der U. S. B. sein.

„Ich!“

Was frag ich nach der Not der Zeit? —
Mich stört der Jammer nicht,
Der lobend auf zum Himmel schreit
Und von Vergeltung spricht.

Ich mache mir mein Leben so,
Wie ich es haben will,
Nach mir es heiter, glänzlich, froh,
Ich unbesorgt und still.

Ich bin mir selbst der rechte Mann,
Mich stört kein menschlich Mitleid! —
Ich lebe, wie er leben kann,
Wie gleich, wie's ihm mag geht'n!

So spricht der Ich-Mensch Tag für Tag,
Der Mann, der nur sich liebt,
Der laubt für jede Not und Not,
Der lieber nimmt als gibt.

Ein schändlich Wort — dies Ich und Ich,
Der selbst sich reich behelmt! ...
Richtigst ist, wer nur an sich
Und nie an andere denkt!

Frankfurt-Güd.

Hr. Kullmann.

Es ist leider so. Und es kann nie genug gegen dieses „Ich-tum“ gekämpft werden. Manchmal möchte man verzweifeln die Hände in den Schoß legen, weil man nur „tauben Ohren“ predigt. Aber wir dürfen darum doch nicht verzagen. Ein echter Gewerkschaftler, wie er sein soll, ist das beste Beispiel, das gerade Gegenteil dieser selbsttätigen Meinungen. Leben wir den „Ich-Menschen“ dieses Beispiel vor. Vielleicht erreicht ein jeder etwas. Und dann wären wir einen guten Schritt vorwärts.

Gewerkschaftlicher Radikalismus und industrielle Arbeitsgemeinschaft.

Einer der bedeutendsten Primusipale des politischen Radikalismus, wie er sich auf der Stuttgarter Tagung des „Allgemeinen Metallarbeiterverbandes“ gezeigt hat, ist die Ablehnung des Gedankens der industriellen Arbeitsgemeinschaften auf Grund der Ablehnung vom 15. Nov. und 4. Dez. 1918 zwischen den großen Arbeitern und Unternehmerverbänden. Grundgedanke und Ziel dieser Arbeitsgemeinschaften ist die gemeinsame Lösung aller der industriellen und des Gewerbe Deutschlands berührenden wirtschaftlichen und sozialen, wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen sowie aller sie betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsangelegenheiten. Es ist der Gedanke, daß, wenn die Unternehmer die künftige Wirtschaftspolitik gemeinsam mit den Arbeitnehmern durchführen wollen, sie es nur dann machen können, wenn sie sich zu einer industriellen Arbeitsgemeinschaft vereinigen. Gerade das, was unsern Wirtschaftlichen vor allem Not tut, die Hebung der Arbeits-

chaftspolitik sich so gestaltet, daß wir überhaupt noch in der Lage sind, Sozialpolitik treiben zu können.

Der Widerstand des Radikalismus gegen die Arbeitsgemeinschaft und sein Streben nach der Diktatur des Proletariats auch im Wirtschaftsleben ist umso bedauerlicher, als der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft in der Industrie ohne Zweifel auf dem Vormarsch begriffen ist. In der Nr. 10 bringt das Reichsarbeitsblatt eine bemerkenswerte, gut orientierende Abhandlung über die Arbeitsgemeinschaften in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung, aus der das deutlich hervorgeht. In der Eisen- und Metallindustrie, der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, dem Bergbau, der Textilindustrie, dem Bergbau, der Industrie der Steine und Erden, dem Holzgewerbe, der Bekleidungsindustrie, der Keramik und der chemischen Industrie und in der Industrie der Oele und Fette haben sich die beteiligten Verbände bereits zu Reichsarbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen. Auch der Ausbau der Arbeitsgemeinschaften in den Berufs- und Fachgruppen, bei denen der Schwerpunkt der Gemeinschaftsarbeit liegt, macht bemerkenswerte Fortschritte. Auch im Handwerk und selbst in der Landwirtschaft beginnt der Gedanke der Arbeitsgemeinschaften Platz zu greifen. Der Wunsch der Berufsorganisationen geht nach einer bevorstehenden Gesamtarbeitsgemeinschaft unter Anschluß an die Zentralarbeitsgemeinschaft der Industrie. Diese Bemühungen haben durch die im Oktober erfolgte Gründung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks der Wahrung der gemeinsamen Interessen des Handwerks bezweckt und eine gemeinschaftliche Arbeit mit den Arbeitnehmern des Handwerks herbeiführen will, einen besonderen Nachdruck erhalten. In der Landwirtschaft befinden sich zwar schon zahlreiche örtliche und bezirksliche Arbeitsgemeinschaften, eine Zentralarbeitsgemeinschaft aber ist infolge der eigenartigen organisatorischen Verhältnisse auf dem Lande erst im Werden begriffen.

Über die Entstehung des Gedankens der Arbeitsgemeinschaften hat vom Standpunkt der Unternehmer aus Dr. Reubner, der Geschäftsführer des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, in einem Schriftchen: „Entstehung, Bedeutung und Ziel der Arbeitsgemeinschaft“ eingehende Mitteilungen gemacht. Danach hatte man in der elektrotechnischen Industrie bereits im Mai 1918 den Entschluß gefaßt, auch wenn der Krieg nicht gewonnen werde und als Remisepartie zu Ende ginge, es nicht mehr möglich sein werde, die deutsche Wirtschaftspolitik auf die Macht der wirtschaftsverbundenen Verbände des unternehmerischen Lebens zu bauen, sondern daß man die Unterstützung der organisierten Arbeiter und Angestellten unbedingt nötig haben werde. Dieser Gedanke griff dann auf die Eisenindustrie über, um dann zuletzt in der Gesamtindustrie zu den Abmachungen vom November und Dezember zu führen, in der die Industrieverbände die Bundesgenossenschaft der Gewerkschaften suchten, um auf dem Boden der Interessensolidarität von Arbeitern und Unternehmern Wege zur Rettung der Industrie und deren Sicherung für die Zukunft zu finden. Daß dieser Gedanke an sich richtig war und weiter ist, bestätigt die Erfahrung. Wenn etwas unter schwerer dornigen Umkleidung des Wirtschaftlichen wieder aufzichten kann, so ist es die Zusammenarbeit der in der Arbeitsgemeinschaft vereinigten Berufsorganisationen der Unternehmer, Angestellten und Arbeiter. Gerade das, was unsern Wirtschaftlichen vor allem Not tut, die Hebung der Arbeits-

freudigkeit kann durch die Betätigung der Arbeitsgemeinschaften am ehesten erfolgen. Das geht auch hervor aus dem Ergebnisse einer Umfrage, welche die „Wirtschaftlichen Zeitfragen“ jüngst an eine Reihe führender Unternehmensleute der Großindustrie in den wichtigsten Wirtschaftsgebieten Deutschlands gerichtet haben, in dem es u. a. heißt: „Wenn also für den wirtschaflichen Industriebetrieb gegenwärtig eine durchschnittliche Arbeitsleistung von 85 bis 90 v. H. beim achtstündigen Arbeitstag gegenüber der beim zehnstündigen Arbeitstag vor dem Kriege festzustellen ist, so wird diese erhebliche Erreichung dem gegenwärtigen Wirken der Arbeitsgemeinschaft zugeschrieben.“

Weitere nützliche Folgen, die die Arbeitsgemeinschaft bei sachgemäßer Pflege haben kann, möge man im Organ des Statistischen Reichsamts nachlesen, möge die Folgen sowohl für die Arbeitnehmer wie Arbeitgeber. „Was den Arbeitsgemeinschaften den Vorrang vor sozialen Selbstverwaltungskörpern gibt, deren Aufbau gesetzlich geregelt ist, ist die große Beweglichkeit, mit der sie sich den Erfordernissen der einzelnen Wirtschaftszweige und Änderungen der wirtschaftlichen und sozialen Struktur unseres Volkswirtschafts anpassen können. Sie haben ferner den großen Vorteil, daß ihrer ihren nicht ungeordnete und darum wechselnden Lagerstärkungen besonders unterworfenen Massen stehen. Sondern die währenden Verbände der Unternehmer, Angestellten und Arbeiter, deren langjährige praktische Tätigkeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete sie die Kunst gelehrt hat, praktische Politik zu treiben und nicht unerreichbaren Zielen nachzujagen. Das verleiht ihrem Wirken einen großen Nachdruck im öffentlichen Leben und gibt eine gewisse Gewähr für die Stetigkeit der in den Arbeitsgemeinschaften verfolgten Politik.“ Vor allem sollte von den Arbeitgebern, die sich auch heute noch nur schwer mit dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft abfinden können, nicht übersehen werden, daß in ihnen die Arbeiter ausdrücklich, auch der Bedeutung des Unternehmertums sowohl im heutigen Produktionsprozeß wie in der Demokratie Rechnung getragen wissen wollen. So hebt z. B. Wilhelm Janion, der die Gemeinschaftsarbeit im neudeutschen Wirtschaften vom Arbeitnehmerstandpunkt schildert, hervor: „Unsere Volkswirtschaft braucht des deutschen Unternehmertums Initiative und seine Organisationsfähigkeit unvermindert oder gar noch in größerem Maßstabe als je zuvor. Wir brauchen den Kaufmann, die tüchtige fernmännliche Bevölkerung die unsere Verbindungen mit der Außenwelt unter ganz besonders erschwerten Verhältnissen neu schaffen und organisieren sollen.“ Was wir aber nicht brauchen können, das sind neue Prinzipien-Kämpfe, wie sie die unverantwortlichen politischen Treiber der U. S. B. in den Gewerkschaften entfachen möchten.

Auf seiner Nürnberg Tagung Anfang Juli hat sich der Allgemeine Gewerkschaftsbund mit großer Mehrheit für die industrielle Arbeitsgemeinschaft als herausragendes Mittel des Wiederaufbaues ausgesprochen. Seine Aufgabe wird es sein müssen, im Rahmen der ihm angehörenden Gewerkschaftsverbände sich mit aller Schärfe gegen eine radikale Fatale zu wenden, die nicht ohne das Wiederaufbaues erheblich gefährden, sondern vor allem auch die Arbeiterchaft gewaltig schädigen müßte.

v. d. B.

Antritt möglichst bald erwünscht. Gehalt nach Vereinbarung, keinesfalls unter den Bedingungen des Vereins Arbeiterpresse.

Bewerber wollen Gesuche unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit und mit der Aufschrift „Bewerbung“ an den Unterschnitten bis 15. Januar 1920 einenden.

Albert Sahn, Blauen i. S., BaustraÙe 95/II. Ruf 2719 und 2598.

Die „Neutralität“ des deutschen Textilarbeiterverbandes ist durch dieses Inserat, in welchem die Worte „Mitglied der U. S. P. D.“ durch Fettdruck noch besonders hervorgehoben waren, treffend illustriert.

Achtstundentag und Kohlenförderung.

In der Presse wird häufig die Ansicht geäußert, daß die Einführung des Achtstundentages an dem Rückgang der Kohlenförderung schuld sei. Diese Ansicht ist nur zum geringen Teil zutreffend. Nicht minder schuld an der wenig befriedigenden Kohlenförderung ist auch die psychische und physische Erschlaffung der Arbeiter, die durch die lange Kriegsdauer und ihre Begleitererscheinungen, namentlich die Unterernährung, verursacht wurde. Es trifft zu, daß die Arbeitszeit unter Tage gegen die vorrevolutionäre Zeit um mehr als 20% verringert worden ist. Dieser Ausfall ließe sich auch bei voller Leistungsfähigkeit des einzelnen Bergmannes selbst kaum wieder einholen, wenn die technischen Einrichtungen der Bergwerke einer größeren Intensität des Betriebes, die eine höhere Förderung in der Zeiteinheit bezweckt, angepaßt werden könnten. Daß dieses Ziel bisher noch nicht erreicht wurde, ist allgemein bekannt.

Eine weitere Vorbedingung, um die alte Förderung wieder zu erreichen, wäre eine wesentliche Erhöhung der Belegschaft, insbesondere der unter Tage arbeitenden Mannschaften, die auf 20 bis 30% geschätzt wird. Bisher konnten die Belegschaften an der Ruhr nur etwa um 9% gegenüber dem Durchschnitt des Jahres 1913 vermehrt werden, und zwar erstreckt sich diese Vermehrung hauptsächlich auf die Ubertage-Arbeiter. Zur unerläßlichen Vorbedingung hat die erstrebte Erhöhung der Belegschaften, wie allgemein bekannt sein dürfte, eine durchgreifende Lösung des Wohnungsproblems.

In den beiden großen Steinkohlenrevieren Ruhr und Oberschlesien betrug im Monat Oktober 1919 die Gesamtförderung 72% der durchschnittlichen Monatsförderung des Jahres 1913 und 80% der Oktoberförderung 1918. Der Durchschnitt des ersten Halbjahres 1919 hatte in beiden Revieren nur 55% der durchschnittlichen Monatsförderung von 1913 betragen. Eine erhebliche Besserung ist also bereits erzielt worden.

Die quantitative stündliche Leistung der Untertage-Arbeiter hat in der letzten Zeit — trotz der herabgesetzten körperlichen Leistungsfähigkeit — den Friedensstand nahezu wieder erreicht. Rechnet man nur

die reine Arbeitszeit, so hat die Nettoleistung je Kopf und Stunde des Untertage-Arbeiters bereits die Durchschnittsleistung des Jahres 1913 überschritten.

Kohlenpreise.

Die Kohlenbergwerke sind während der Kriegsjahre stark abgewirtschaftet worden. Ihre Instandhaltung war unvollkommen, Erneuerungen sind fast ganz unterblieben. Infolgedessen ist die Leistungsfähigkeit der technischen Einrichtungen und maschinellen Anlagen stark zurückgegangen, und der ganze Betrieb ist bedeutend unwirtschaftlicher geworden.

Um die Bergwerke wieder auf die Höhe der Friedensförderungen zu bringen, hatte der neugegründete Reichskohlenverband in seiner ersten Sitzung einen vom Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat gestellten und von

Große Aufgaben stehen uns bevor;
wollen wir, daß diese in einer uns befriedigenden Weise erledigt werden, dann ist vermehrte Opferfreudigkeit und Verklärung des Soldatentumsgefühls unserer Mitglieder unbedingt erforderlich.

anderen Revieren unterstützten Antrag auf Erhöhung des Steinkohlenpreises um 20 M. je Tonne zum Beschluß erhoben. Der Reichswirtschaftsminister beantragte diesen Beschluß nur wegen der Höhe der Forderung, die zurzeit eine zu schwere Belastung des Wirtschaftslebens bedeuten würde. Die Regierung erkannte an, daß die Werke in die Lage versetzt werden müssen, ihre Förderung trotz der verringerten Arbeitszeit wieder auf die Friedenshöhe und womöglich darüber hinaus zu bringen.

Wenn auch die hierfür erforderlichen Ertrags- und Neuanlagen infolge der andauernd steigenden Materialpreise und Löhne zweifellos sehr kostspielig sein werden, konnte sich die Regierung doch nicht davon überzeugen, daß eine Preiserhöhung in dem geforderten Umfang für diesen Zweck wirtschaftlich berechtigt sei. Bei den anschließenden Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium wurde dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat unter Berücksichtigung des jetzigen Standes der dortigen Selbstkosten, die neuerdings von der Regierung sorgfältig geprüft worden sind, eine Erhöhung der gegenwärtig geltenden Preise um 7,50 M. je Tonne ohne Steuer mit Wirkung ab 1. Dezember 1919 bewilligt. Dieser Mehrpreis hat ledig dem angegebenen Zwecke zu dienen, da ein Ausgleich für Lohnerhöhungen diesmal nicht in Frage kommt. Wegen der anderen Bergreviere sind die Prüfungen noch im Gange.

Aus unserer Industrie.

Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes.

In der letzten Zeit hat sich die Nachfrage nach allen deutschen Textilerzeugnissen, auch aus dem Auslande beträchtlich gehoben. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil dieser Nachfrage kann befriedigt werden, da der Rohstoffmangel viele Zweige des Textilgewerbes noch immer daran hindert, die Fabrikation in vollem Umfange aufnehmen zu können. Das Inlandsgeschäft ist außerordentlich flott und die von den Fabrikanten ausnahmslos erhöhten Preise werden von den Käufern gern bewilligt. Ein Besserung der Rohstoffversorgung ist sowohl in der Woll- wie in der Baumwollindustrie festzustellen. Vermehrte Zufuhren finden auch für Hanf statt, während für Jute die eingeführten Mengen noch sehr klein sind. Ertragsstoffe finden wegen des ungenügenden Vorhandenseins von wirklichen Rohstoffen und der hohen Preise derselben noch in ausreichender Weise Verwendung. Für die nächste Zeit müssen die Fabrikanten mit Lohnerhöhungen rechnen, so daß nicht nur nicht mit einem Zurückgehen der Warenpreise zu rechnen, sondern im Gegenteil weitere Preiserhöhungen in Aussicht stehen.

Aus unserer Bewegung.

An die christlichen Gewerkschaften Deutschlands!

Das deutsch-österreichische Volk leidet bittere Not. Was der Krieg an Schrecklichem nur im Gefolge haben konnte, lastet auf Oesterreich. Hungernot, Bekleidungsnot und Kohlennot, in gleich schrecklicher Weise, suchen Oesterreich heim. Deutsch-Oesterreichs Volk, unsere Brüder und Schwestern, sterben im Elend, wenn ihnen nicht reiche Hülsen rot.

Trotz eigener Not und eigenem Elend, wir müssen helfen. Christliche Nächsten- und Brudersliebe gebieten uns, alles zu tun, was unseren schwachen Kräften noch möglich ist.

Der Vorstand des Gesamtverbandes bittet alle Kartelle, unverzüglich

allgemeine Geldsammlungen

für Deutsch-Oesterreich in die Wege zu leiten. Die Durchführung der Sammlung kann und soll nach den für die einzelnen Orte und Bezirke zweckdienlichsten Formen erfolgen. Die gesammelten Beträge sind baldigst an das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften nach Köln, Venloerwall 9 (Postfachkonto Köln 8185) mit dem Kennwort „Für Deutsch-Oesterreich“ zu überweisen. Das Generalsekretariat wird die eingehenden Beträge unter Vermittlung der Zentrale der christlichen Gewerkschaften in Wien an das notleidende österreichische Volk weiterleiten.

Menschenschutz.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Vor dem Kriege gab es im industriellen Betrieb keinen wirtschaftlichen Menschenschutz. Wohl hatten wir Vorschriften zum Schutze der Gesundheit, aber das war weder soziale Hygiene noch Menschendonnie. Unfallvorschriften, Reinlichkeitsvorschriften, Arbeitsraumvorschriften, das waren in der Hauptsache die Maßnahmen, die für die Gesundheit der Arbeiter getroffen waren. Einzelne Unternehmer taten dazu aus eigenem Interesse dies und das, viele aber hielten sich nur an das gesetzlich vorgeschriebene. Das aber war zu wenig. Es war für die Gesundheit zu wenig und für die Menschenkraft zu wenig. Aber nicht nur für die Arbeiter und Arbeiterinnen genügte die Fürsorge nicht, auch viele Schichten von Beamten entbehrten des genügenden Schutzes, der für die Erhaltung der Menschenkraft nötig gewesen wäre.

Wohl gemerkt: Wir legen heute einen anderen Maßstab an die Gesundheitspflege, als dies noch vor 30 bis 40 Jahren der Fall war. Damals mußte man von einer sozialen Hygiene (soviel wie Massengesundheitspflege oder Gesundheitspflege für die unbemittelten Volkschichten) fast nichts. Erst die aufkommende Industrialisierung und die ungeahnte Entwicklung des Verkehrs, die Abwanderungen, Auswanderungen, die Ansammlung vieler Menschen auf verhältnismäßig kleinen Flächen und die damit verbundenen gesundheitlichen Nachteile lenkten die Aufmerksamkeit der Ärzte und forschenden Heilkundigen auf all die Mißstände gesundheitlicher Art, die die neue Entwicklung mit sich brachte. Die Unternehmer (private, gemeindliche, staatliche) kümmerten sich um die Gesundheit der bei ihnen Arbeitenden zunächst wenig oder gar nicht. Die Menschen wurden nicht einmal wie Sachen behandelt, die man schon, damit sie lange halten, Wert drauf hat, konnte haben, wie er selber zurecht kam; wer abgemagt oder aufgebraucht war, dem blieb es überlassen, nun selber für sich zu sorgen. Allenfalls kümmerte sich die Armenpflege um ihn.

Bezeichnenderweise gingen die ersten Anregungen, die menschlichen Kräfte zu schonen, von dem preussischen Generalleutnant von Horn aus. Aber nicht, um dadurch die Volkskraft zu stärken oder zu heben, sondern um die Wehrkraft zu stärken. In seinem Gesundheitsberichtsbericht machte er den König darauf aufmerksam, daß die Fabrikierenden ihren Anteil zum Krieg zur Arme nicht vollständig stellen konnten. Nach seiner Meinung sei das darauf zurückzuführen, daß in seinem Bezirk die Kinder massenhaft Nachtarbeit leisten mußten. Der König wünschte daraufhin, daß dem entgegengetreten wäre, aber noch war die preussische Bürokratie nicht willens, etwas zum Schutze der gesundheitlich bedrohten Jugend zu tun. Es vergingen noch über 10 Jahre, bis ein Kinderschutzgesetz (Verbot der Arbeit für Kinder unter 9 Jahren, und für jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren die zehnstündige Arbeitszeit als Höchstarbeitszeit) erlassen wurde. Das war im Jahre 1899. Seitdem blieb der Arbeiterschutz auf der Tagesordnung. Und dort wurde gehandelt, aber zu einem vernünftigen, dem Stande der neuzeitigen Wissenschaft entsprechenden Menschenschutzes waren wir auch bis zum Ausbruch des Krieges nicht gekommen. Zu dem Verstummen vor dem Kriege kommen nun die gesundheitlichen Verschlechterungen während des Krieges. Verschämt nennt man die Tatsache zum Teil:

Kriegspsychose (Nervenleiden oder Geistesstörung). Das dringendste Gebot der Stunde ist daher: die Schonung, Erhaltung und Stärkung der Volkskraft. Die schon gut ausgebildete Wille: ist der sozialen Hygiene, die Menschendonnie (die darauf hinausgeht, die Menschenkraft wirtschaftlich zu behandeln) und die Manenpsychologie (die Lehre von den Bewegungen und Handlungen der Menschen als Massen) arbeiten alle in der angegebenen Richtung, und sie müssen wirksam in den Dienst zur Erhaltung und Vermehrung der Volkskraft gestellt werden.

Ein richtig verstandener Menschenschutz wartet nicht, bis es etwas zu schützen gibt, sondern er baut vor: die Vorsorge oder die Vorbereitung ist sein bester Kern. Von der frühesten Jugend an ist stets und ständig darauf zu achten, daß der Mensch gesund bleibt, daß er stark und leistungsfähig wird: körperlich und geistlich. Es wäre aber falsch, nur den körperlich gut entwickelten jungen Menschen zu begen und zu pflegen; auch die körperlich minderwertigen bedürfen der Pflege und des Schutzes; um der Gesamtheit willen. Denn sie können eben bei richtiger Wartung und Ausbildung der Gesamtheit viele wertvolle Dienste leisten. Es ist falsch (was manche sagen: daß sich die soziale Fürsorge nicht auf Mitleid und Nächstenliebe gründen dürfe). Die Fürsorge rein auf reinem wirtschaftlicher Grundlage aufzubauen. Von den Schwächlingen oder ganz Wilden abgesehen stehen gerade in den körperlich Keckheiten, Gebrechlichen geistige Werte eigener Art. Werte, die nicht geldlich abgemessen werden können. Menschenschutz bedeutet heilende nicht Körpererziehung, sondern ist: Körper- und Geisteserziehung, Körper- und Geistespflege. Körper- und Geistesentwicklung. So unumgänglich gegenwärtig auch die Körperpflege ist, wichtiger noch ist die Geistespflege. Denn der Geist die Seele macht den Mensch aus. Ein körperlich ganz entwickelter Mensch kann die wissenschaftlich, künstlerisch und technisch wertvollsten Ergebnisse liefern, und ein Brachvogel mit dem Geiste kann seine Tage ohne die geringste geistige Befruchtung dahindringen.

Wer sich zu sehr auf das rein wirtschaftliche einstellt, überflieht gar zu leicht, daß erst das geistige wirtschaftlicher zu schaffen imstande ist. Der Kostenwert des Menschen, vielleicht seine Abnutzung oder Ausnutzung läßt sich berechnen, aber nicht die geistigen Kräfte, vor allem nicht die sittlichen. Sittliche Kräfte sind aber auch wirtschaftlich wertvoll. Der hemmungslose Wirtschaftsmensch ist ein Ungeheuer. Wer nur nach Gewinn strebt, ohne Rücksicht auf seine Mitmenschen, der mag ja für sich einen hohen Reingewinn erzielen (privatwirtschaftlich), für das Volkswohl, der Volksgesundheit der Volkswirtschaft ist er ein Schädling. Denn er vernichtet wertvolle Menschenkraft. Er brüht nicht den guten Sinn des Wortes aus, sondern den schlechten Sinn. Kurz: er gewinnt auf Kosten der anderen, und was eben gerade das Schädliche ist, sein Gewinn ist ein Verlust an der Volkskraft.

Im Auge muß aber auch behalten werden, daß geistliche volkswirtschaftliche Errungenschaften nicht immer selbst für die Volksgesundheit und. Einem solchen Aufstiege kann ein ebenso jäher Absturz folgen. Solche Anstiege und Abfälle zu einem Verlust der Volkskraft. Menschenschutz ist daher immer mehr in dem Sinne von etwas groß und breit ausgelegtem aufzufassen. Menschenschutz soll ein dauerhafter Zustand dem Menschenvolk sein. Menschenschutz ist dem Menschenschutze entgegengesetzt. Das Wort des Bolschewismus oder des Spartakismus (oder

besser gewisse bolschewistische und spartakistische Methoden) greifen die Volkskraft ebenso sehr an wie der hemmungslose Unternehmer, da er nur auf seinen eigenen Gewinn bedacht ist. Aus einem Menschen läßt sich in einigen Jahren des Raubbaues viel herauskochen; ein gewerbliches Unternehmen läßt sich durch Raubbau in einigen Monaten außer Kraft setzen. Das Volkswohl ist: Arbeit, Kraft, Nachsicht, Weisheit, verfügbar: Güter des menschlichen Lebens. Ohne Arbeit kostet alles ein, die Kraft erlahmt, der Ertrag sinkt. Das ist das Gegenteil von Schutz, das ist Vergeudung. Das ist Mißbrauch von Arbeit und Gütern.

Menschenschutz ist: Kräfteaufsammlung, Kräftesteigerung (nicht Abbau, Kampf und Vernichtung), zweckmäßige Kräfteausnutzung, wirtschaftliche Kräfteausnutzung. Mit dem im Menschen angelegten Kapital soll wirtschaftlich und zweckvoll umgegangen werden, zu seinem und der Gesamtheit Wohl. Das ist der wahre Sinn des Menschenschutzes. Der Menschenschutz erfordert planvoll durchdachte Arbeit, Beherrschung des Stoffes durch den Geist, alle Naturkräfte den Menschenkräften dienlich zu machen. Nicht rohe Naturkräfte und Menschenkräfte sinnlos walden lassen, sondern Naturkraft und Menschenkraft vereinen, um die Menschen gesünder, kräftiger und leistungsfähiger zu machen, das ist das Ziel des Menschenschutzes. J. A. B.

Zulagen für Unfallrentner auf Antrag.

Die Empfänger von Invaliden- und Witwenrente erhalten seit einiger Zeit eine Teuerungszulage von 20 bzw. 10 M monatlich.

Nunmehr ist am 27. November eine Verordnung erlassen worden, nach der auch Verletzte, die eine Unfallrente beziehen, für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis 31. Dezember 1920 statt bisher 8 M. eine Zulage von 20 M. erhalten oder besser gesagt, erhalten können. Denn diese Zulage wird im Gegensatz zu der Zulage der Invalidenrenten nur auf Antrag gewährt. Voraussetzung für die Zahlung ist ferner:

- a) daß der Verletzte eine Unfallrente von zwei Dritteln (66 2/3 Prozent) oder mehr der Vollrente bezieht; b) Totalschaden nicht die Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt wird.

Auch Verletzte, die mehrere Unfallrenten beziehen, von denen jede einzelne weniger als 1/2 der Vollrente beträgt, können diese Zulage beanspruchen, wenn die Hundertfüge ihrer Rente zusammen mindestens die Zahl 66 2/3 ergeben.

Die Not unter den Unfallverletzten ist sehr groß. Wir müssen daher beurteilen, daß die Regierung die Zahlung einer Zulage erst von der Stellung eines Antrages und der Befragung der Behörde abhängig gemacht hat. Das bei den Empfängern der Invalidenrente als notwendig anerkannt worden ist, muß auch für die Unfallrentner gelten, zumal hier wie dort die Zulage erst gewährt wird, wenn jemand mehr als zwei Drittel seiner Arbeitsfähigkeit eingebüßt hat.

Kollegen, tut alles, um unser Liebestwert Hilfskräftig zu gestalten.

Berlin, den 19. Dezember 1919.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Erwerbslosenfürsorge für die wegen Kohlenmangel erwerbslosen Textilarbeiter.

Unser Verband hat in dieser Sache an das Reichswirtschaftsministerium, an das Reichsarbeitsministerium und an das preussische Wohlfahrtsministerium eine gleichlautende Eingabe gerichtet, die folgenden Wortlaut hat: Der unterzeichnete Vorstand des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands gehet sich, hiermit, dem Reichswirtschaftsministerium, Reichsarbeitsministerium und preussischen Wohlfahrtsministerium folgende Anträge mit der Bitte um möglichst schnelle Berücksichtigung zu unterbreiten:

1. Die vorgezeichneten Höchstätze der Erwerbslosenfürsorge für die wegen Kohlenmangel arbeitslosen Textilarbeiter mögen wesentlich erhöht werden;

2. Den Gemeinden und Bezirksorganen möge in bezug auf die Bemessung der Unterstützung etwas mehr Spielraum gelassen und ferner veranlaßt werden, daß die vielfachen Verzögerungen und Schwierigkeiten bei der Rückerstattung der geleisteten Beiträge vermindert werden;

3. Die Aufrechnung des verbliebenen Arbeitsverdienstes bei teilweiser Arbeitsbeschränkung möge nicht mehr in der vorgesehenen Höhe erfolgen.

Die durch Kohlenmangel verursachte Arbeitslosigkeit hat in der Textilindustrie einen erheblichen Umfang angenommen. Es bedarf keines Beweises, daß in dieser Zeit der Teuerung und bei der vorgesehenen Höchstätze der Erwerbslosenfürsorge nicht mehr ausreichen, um nur als Existenzminimum gelten zu können.

Wir verkennen die allgemeinen Schwierigkeiten und die Schwierigkeiten der Regierung insbesondere gewiss nicht, jedoch, daß berücksichtigt werden, daß es sich hier um Arbeiter, Arbeiterinnen und Familienhäupter handelt, die unverzüglich arbeitslos sind und für die beim besten Willen keine andere Erwerbsmöglichkeit geschaffen werden kann. Die Größe des Notstandes ist derart, daß schnelle Abhilfe dringend notwendig ist.

In einigen Bezirken liegen die Verhältnisse besonders schlimm und mühte unseres Erachtens den Gemeinden und Bezirksorganen — wenigstens vorübergehend — mehr Bewegungsfreiheit gelassen werden, als wie das auf Grund der jetzigen Bestimmungen ermöglicht ist. Auch Klagen viele Gemeinden und Städte darüber, daß sie erhebliche Schwierigkeiten hinsichtlich der Rückerstattung geleisteter Beiträge haben und daß sich des weiteren die Rückerstattungen oft lange verzögern. Diese Umstände beeinträchtigen die Gemeinden in der Erwerbslosenfürsorge ganz erheblich.

Auch die Aufrechnung des verbliebenen Arbeitsverdienstes bei vorübergehender Arbeitsbeschränkung, bzw. teilweiser Erwerbslosigkeit, wird den wirklichen Verhältnissen nicht mehr gerecht, indem nur dann eine Ergänzung des Verdienstes durch Erwerbslosenfürsorge stattfindet, wenn 70 vom Hundert des verbliebenen Wochenarbeitsverdienstes den Unterstützungsbeitrag der Woche bei gänzlicher Erwerbslosigkeit nicht übersteigen.

Die außergewöhnliche Notlage der wegen Kohlenmangel ganz oder teilweise arbeitslosen Textilarbeiter erfordert dringend eine möglichst schnelle Abhilfe, weshalb wir nochmals um Berücksichtigung im Sinne unserer Anträge ersuchen bitten.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Zentralverband christl. Textilarbeiter Deutschlands. Der Vorstand: F. A. Bernh. Dite, Vorsitzender.

Aus der internationalen Textilarbeiterbewegung.

Das Wirtschaftsleben in der tschecho-slowakischen Republik und der Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften.

Wirtschaftsleben in der tschecho-slowakischen Republik und der Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften. Die letzten Monate sind verfloßen seit der Zerschlagung des alten Oesterreichs. In den ersten Tagen des Jahres 1919 als die tschecho-slowakische Regierung sich für die tschecho-slowakische Republik gegen den Willen seiner Bewohner mühte, besaß sie, da es sich um die tschecho-slowakische Arbeiterbewegung handelte, welche glaubte, daß nunmehr Brüderliebe, Gerechtigkeit und Freiheit herrschen werde. Diese Worte pochten auf die Begeisterung der Arbeiter, die freuten sich über den Zusammenbruch des Habsburgerreiches. Ein großer Teil der tschecho-slowakischen Arbeiterbewegung redete damals von Brüderliebe, Gerechtigkeit und Freiheit. Die tschecho-slowakische Arbeiterbewegung, die sich mit den tschecho-slowakischen Gewerkschaften, die sich bereits in einigen Orten so stark, daß er entgegenwärtiges Gleiches mit sich ziehen konnte. Unsere Arbeitsverhältnisse mögen in jedem einzelnen Fall von Terror oder Erpressung sofort unter Angabe der genauen Daten der Zentralen in Prag oder der tschecho-slowakischen Gewerkschaften in Prag, damit gegen die tschecho-slowakischen Gewerkschaften gerichtliche Schritte unternommen werden können. Nicht dem gewalttätigen Kampf, der an die Gewalt appelliert, sondern dem Gewalt durch Gewalt geboten — sondern demjenigen, der appelliert an die Vernunft und an das Recht!

Steuern bis ins Unendliche: das sind die Folgen der verdrängten Wirtschaft innerhalb des verfallenen Jahres. Der „republikanische“ Militarismus jagt das Geld aus; es herrscht eine Korruption, es blüht eine Protektionswirtschaft, wie sie im alten Oesterreich in solchem Umfang nie zu verzeichnen war.

Daß unter solchen Verhältnissen besonders die Textilarbeitersektoren leidet und klagt, liegt klar auf der Hand. Gerade die Textilarbeiter, schon seit jeher am schlechtesten entlohnt, tragen diese Zustände mit wahrer Sammedgebuld. Wenn die Prager Regierung sonst an keine Wunder glaubte, dann muß sie doch die Tatsache als Wunder anerkennen, daß die genannte Arbeiterkategorie in ihrer Verzweiflung noch nicht alles trumm und klein geschlagen hat. Es ist ein harter Kampf um das tägliche Leben (mühsamer Kampf sollte es heißen), den die Textilarbeiter bis zum Ueberdruß führen muß. Man sollte nur meinen, daß angesichts dieses Umstandes die gesamte Arbeiterbewegung in tschecho-slowakischer Richtung, unter Hintanhaltung kleinlicher Meinungsverschiedenheiten wenigstens in wirtschaftlicher Beziehung einig und geschlossen daße. Doch weit gefehlt!

Wie in Deutschland und Oesterreich wird auch in der tschecho-slowakischen Regierung Freiheitskämpfer, denen Arbeiterinteressen nichts, Parteinteressen aber alles sind, an der Arbeit, teils durch rohe Gewalt teils durch hinterlistige Manipulationen den christlichen Gewerkschaften den Krug zu verwehren. Der Landeskommission der christlichen Gewerkschaften in Prag, die sich Reichskommission dem Verbande christlicher Textilarbeiter der tschecho-slowakischen Staaten, Sig. Switau (Prag), sowie der tschecho-slowakischen Gewerkschaften in Schlußau (Schlesien) hat in letzter Zeit eine Menge Klagen betreffs Uebergriffe sozialdemokratischer Funktionäre und Vertrauenspersonen zugekommen. Alle diese Zwischenfälle enthalten Beispiele, wie sozialdemokratische Vertrauensmänner durch verschiedene Drohungen, Gewaltakte, Ausföhrung unwahrer Gerüchte usw. christlich organisierte zum Uebertritt in die sozialdemokratische Organisation zu bewegen suchen. Es gelang den Terroristen sogar öfter, durch Entziehung der Arbeitslosenunterstützung!!! ganze Gruppen Angehöriger in ihre Organisation hineinzupressen.

Bei so vielen allgemeinen Vorkommnissen gegen die christlichen Gewerkschaften darf natürlich das neue Organ der „Union der Textilarbeiter“ nicht fehlen. In einem „Einheits-Verbandsorgan“ oder „Zentralorgan“ überwiegenen Artikel wird die einseitige (sozialdemokratische) Betriebsorganisationspolitik (hier: sozialdemokratische) Betriebsorganisationspolitik, und nicht nur den Vertrauensmännern, sondern sogar allen Mitgliedern die Mitarbeit an der Durchföhrung dieser einseitigen sozialdemokratischen Betriebsorganisationspolitik zur Pflicht gemacht. Die Mittel, denen sich die roten Vertrauensmänner und Mitglieder dabei bedienen, beruhen vorwiegend auf der neue Kämpfer. Es genügt ja nicht, „Zeit“ zu besagen, mehr als genug. Besagter Artikel beginnt mit folgender Feststellung:

Wenn wir auf die vergangene Periode der Gewerkschaftsorganisation heute zurückblicken, so kommt uns recht zum Bewußtsein, unter welcher juchend schwerer Arbeit und Aufopferung des einzelnen sich unsere Gewerkschaften durchgesetzt haben. Wie viele Familienopferungen wurden nicht durch die Einseitigkeit und den brutalen Nachdruck von Unternehmern ruiniert. Nur aus dem Grunde weil die Unternehmern die Organisation der Arbeiter, nicht bloß geographische, sondern auch die politische, unendlich masken wollten. Durch grundlose Entlassungen, Kapazitätsfragen und schwarze Listen hat man solche Arbeiter mit ihren Familien von Ort zu Ort gejagt und nur allzu oft der bittersten Not preisgegeben: bloß weil sie nicht das geistlich gewährleistete Koalitionsrecht für sich in Anspruch nahmen.

Wäre es nicht hochst komisch, wenn die Sozialdemokraten sich darüber beschwerten, daß Unternehmern die Arbeiter wegen Gebrauch des Koalitionsrechtes schikanieren, während sie die „Genossen“ den anderseits organisierten Arbeitshärdern daselbst geistlich gewährleistete Rechte verweigern? Der Terror der roten Gewerkschaften ist kein „Märchen“, lieber „Textilarbeiter“, er ist eine nicht wegzulöschende Tatsache, die wir durch ungehörige Denialen erhärten können. Wir warten jederzeit mit Rohen, Ort und Datum an. Die christliche Organisation ist noch nicht an dem gebundenen Sinn der Arbeiterbewegung gerichtet, vielmehr findet auch sie bei der Arbeiterbewegung immer mehr und mehr Anklang, trotz des Gegenüberstandes der roten Nachhahler. Perichkeit möge aber schon die ganze sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung, wenn nicht Gewalt und Hungerpeinliche gegen Arbeiterbewegung das möglichste, rote Hans immer wieder gestürzt und vor dem Zusammenbruch gerettet hätte. Das obige Geschick des „Textilarbeiter“ ist ja bloß und abgeleitet, daß es sich nicht lohnt, darauf näher einzugehen. Doch das eine möge sich unser Leser bei jeder Gelegenheit zu Herzen nehmen: Die „Kriegsgewerkschaften“ werden zeigen, daß sie nicht gewillt sind, sich zurück zu ziehen und wertlos zu werden. Der christliche Textilarbeiterverband, der eine Arbeiterorganisation geistlich wird, ist bereits in einigen Orten so stark, daß er entgegenwärtiges Gleiches mit sich ziehen konnte. Unsere Arbeitsverhältnisse mögen in jedem einzelnen Fall von Terror oder Erpressung sofort unter Angabe der genauen Daten der Zentralen in Prag oder der tschecho-slowakischen Gewerkschaften in Prag, damit gegen die tschecho-slowakischen Gewerkschaften gerichtliche Schritte unternommen werden können. Nicht dem gewalttätigen Kampf, der an die Gewalt appelliert, sondern dem Gewalt durch Gewalt geboten — sondern demjenigen, der appelliert an die Vernunft und an das Recht!

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bericht (Sachsen). Es wird uns so vieles geschrieben: Wir alle bestanden den Kapitulationskrieg. So lautet das Feldgeschrei des „Textilarbeiterverbandes“ in seiner letzten Nummer. Das ist die Theorie. Die die Praxis ansieht zeigt folgende Tatsachen: Am vergangenen Samstag hatte die Ortsgruppe hier im Schützenhaus einen Festball veranstaltet. In diesem waren auch die Fabrikarbeiter der drei hiesigen Unternehmungen herzlich eingeladen worden. Der Mitgeber der Firma Amorge erkrankte hierzu; die Firma Schönbach u. Co. hatte durch ihren Obermeister 10. — Karl Wenzelmann laßt Herr Amorge gab 30. — Mt. für die Kasse des Verbandes.

Wie wäre es, wenn der Fall umgekehrt liegen würde, wenn die tschecho-slowakischen Gewerkschaften... warden?

Wenn man das eine sagt, muß man auch das andere sagen! Diebstahl (Sachsen). Die in Mühlhausen stattgefundenen Verhandlungen zwischen dem „Verband“ und „Textilarbeiter“, Bezirksgruppe Mühlhausen Land und „Textilarbeiter“ und dem „Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands“ haben für die hiesigen Textilarbeiter und -arbeiterinnen

der beiden hiesigen Strickereibetriebe einen teilweise zufriedenstellenden Abschluß gefunden. Unter anderem wurde die 46-stündige wöchentliche Arbeitszeit angenommen, die Löhne nach Altersstufen festgelegt und erhöht. Das Unternehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist ein gutes. Unsere Mitlieder dieser Ortsgruppe ruhen wir zu: Bleibt treu dem Verband, helfe ihn weiter ausbauen, denn nur mit vereinten Kräften gelangen wir zum Ziel!

Neumünster. Heraus aus dem Dornröschenschlaf! Eine schlecht besuchte Mitgliederversammlung fand am 13. Dezember im Rath. Vereinslokal statt. Sind wir denn wirklich so weit gekommen, uns durch kaltes Wetter von unserer gewerkschaftlichen Arbeit abhalten zu lassen? Der Anblick solch einer Versammlung wirkt ein trübes Licht auf den Gewerkschaftsgeist unserer Mitglieder. Es muß hier gesagt werden, daß schlechter Versammlungsbesuch an der Tagesordnung ist. Bei solcher Versammlungsbilanz der Gewerkschaft ist es auch zu erklären, daß man hier in Neumünster andere Berufsorganisationen (Christl. Arbeiter) von Seiten radikaler Machtpolitik einladet an die Wand drückt. Es steht wohl einzig da, daß christliche Gewerkschaftler auf Verlangen linksradikaler Elemente ihrem Verbande den Rücken kehren, nur um in den Besitz der sog. Teuerungszulagen zu kommen. Wer braucht denn diese? Mühen sich an diesem Beispiel alle gleichgültigen und lauen Gewerkschaftler unseres Verbandes die Lehre nehmen, daß nur wahre Standhaftigkeit und Ueberzeugung unserer Sache dienen kann. Darum lort mit dem Salendrian, und mehr Betätigung zum Wohle aller. Im Januar ist Generalversammlung, und wir wollen hoffen, daß sich zu den alten bekannten Gesichtern eine ganze Reihe neuer hinzu gesellt. Unser Vorsitzender, Kollege S. Kaminari, gab einen Bericht von der Bezirkskonferenz in Hannover. Was ist den leeren Stühlen aber damit gewollt? Ganz besonders seien die Kollegen darauf hingewiesen, daß auf der nächsten Generalversammlung sich Gelegenheit bietet, einen eigenen Vorstand zu wählen. Vollständiges Erscheinen ist also Pflicht. Nicht vergessen wollen wir an dieser Stelle unseres ehemaligen ersten Vorsitzenden Kollegen Andreas Duke (jetzt Oberamtssekretär in Hagenstadt). Seine in schmerzlicher Erinnerung gewerkschaftlicher Tätigkeit erworbenen Verdienste in unserer Ortsgruppe wird bei allen christlichen Gewerkschaftlern in Neumünster unvergessen bleiben. Möge ihm auch auf seinem neuen Arbeitsfelde der Arbeit reichster Segen zuteil werden. Die Versammlung wurde geschlossen mit einem kräftigen Appell an alle, das nächste Mal jedermann ein Duzend mitzubringen. Hoffentlich bringt uns die Zukunft mehr Geist und Leben für unsere Sache.

Waldhausen. Wege zum sozialen Frieden. Am Sonntag, den 7. Dezember, fand im Lokale von Herrn in Waldhausen eine angenehme Mitgliederversammlung der dortigen Ortsgruppe statt. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten sprach der Kollege W. W. Böge aus Rheydt über: „Lohnverträge im Textilgewerbe“. Er schilderte die Entstehung des Lohnarbeiterstandes und die Stellung desselben unter dem freien Arbeitsvertrag. Er kam dann auf die Arbeitergemeinschaft zu sprechen und schloß die abgehandelten Lohnverträge als einen Weg zum sozialen Frieden. Nach dem Vortrag, der von den anwesenden Kollegen und Kolleginnen mit Beifall aufgenommen wurde, fand eine lebhafte Aussprache statt, wobei noch mancher gute Gedanke zum Ausdruck gebracht wurde. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten, nun auch kräftig für den Verband einzutreten und die nicht anwesenden Mitglieder zum Besuche der Mitgliedererversammlung anzuersuchen, fand die Versammlung ihren Abschluß.

Besondere Bekanntmachungen.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinen der Ausgabe dieser Nummer der 2. Wochenbeitrag im Jahre 1920 für die Zeit vom 5. bis 11. Januar 1920 fällig ist.

Bilanz

des Allgemeinen Konsumvereins Eintracht e. G. m. b. H. zu Greifz.

Geschäftsjahr vom 1. Okt. 1918 bis 30. Sept. 1919.

Table with 2 columns: Aktiva and Passiva. Aktiva: An Warenbestand 692.52, An Warenbestand 347.07, Inventar 396.18, Gesamtkassen Guthab. 3511.32, Anteilbeibr. Guthab. 518.85, Forderungen 34.98. Passiva: An Warenbeständen 692.52, Gesellschafter Guthab. 4221.59, Reservefonds 2653.18, Sparten Guthab. 458.69, Reingewinn 185.78. Summa 8191.76.

Mitgliederzahl am 1. 10. 1918 121, Zugang bis zum 30. 9. 1919 —, Abgang bis zum 30. 9. 1919 durch Kündigung 5, durch Tod 2, 7.

Gesamte Mitgliederzahl am 1. 10. 1919 114, Gesamthaltsumme am 1. 10. 1919 Mark 3420.

Der Vorstand: Theob. Köhnen, Nat. Tenellen, Peter Faber, Vorsitzender. Leohn. Struden.

Inhaltsverzeichnis.

Prüfung. — Artikel: Und nochmals: Zurück zum Gewerkschaftsgeist der Gründungszeit! — Neuregelung unserer Ernährungswirtschaft. — Die demokratische Aufgabe der Gewerkschaft. — „Zahl“! — Gewerkschaftlicher Radikalismus und moderne Arbeitergemeinschaft. — Menschenrecht. — Schulagen für Unfallrenten auf Antrag. — Allgemeine Rundschau: Zur U. S. B. Leute kommen in Betracht. — Jubiläumstag und Kohlenförderung. — Kohlenpreise. — Aus unserer Industrie: Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes. — Aus unserer Bewegung: An die christlichen Gewerkschaften Deutschlands! — Erwerbslosenfürsorge für die wegen Kohlenmangel erwerbslosen Textilarbeiter. — An der internationalen Textilarbeiterbewegung. — Das Wirtschaftsleben in der tschecho-slowakischen Republik und der Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften. — Berichte aus den Ortsgruppen: Sachsen. — Diebstahl (Sachsen). — Neumünster. — Waldhausen. — Besondere Bekanntmachungen. — Bilanz.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Gerh. Müller, Dülstedt 56, Kontordistrikt 7.